

3
4
5 **Leitantrag**

6
7 **an die 2. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei**
8 **DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 11. Oktober 2020 in Plötzky**
9

10
11 **Solidarität statt Ellenbogen**

12
13
14 **Hier ist DIE LINKE, das sind wir:**

15
16 DIE LINKE wirkt im Jahr vor der Landtags- und Bundestagswahl in einem sich immer schneller
17 wandelnden gesellschaftlichen Umfeld. Dabei wandeln sich nicht unsere Ziele und Werte, son-
18 dern die gesellschaftlichen Umstände, unter denen wir für sie eintreten. Dazu zählen das wei-
19 tere Auseinanderdriften der sozialen und kulturellen Pole der Gesellschaft und der wachsende
20 Einfluss nationalistischer und rassistischer Ideologien, die vor fast genau einem Jahr zu dem
21 schrecklichen Anschlag in Halle geführt haben. Dazu gehört auch die Zuspitzung der Klimakrise
22 und die mangelnde Fähigkeit zum Umgang mit der Corona-Pandemie im internationalen Maß-
23 stab.

24 Gerade aus der Perspektive Sachsen-Anhalts müssen wir festhalten, dass auch die Spaltung
25 zwischen Ost und West 30 Jahre nach der deutschen Einheit nicht überwunden ist.

26 All diese Krisen bleiben nicht unwidersprochen. Es entwickeln sich Kräfte, die den Kampf für
27 soziale Gerechtigkeit und gegen den Klimawandel als Auseinandersetzung mit der herrschen-
28 den Politik des Neoliberalismus verstehen. Die Aufgabe der LINKEN besteht darin, als verläss-
29 licher Bündnispartner dieser Akteure überzeugende Konzepte für den gesellschaftlichen Wan-
30 del anzubieten und den Weg zu deren Umsetzung konsequent zu beschreiten.

31 Der Landesverband unserer Partei ist in diesem Sinne unterwegs, gemeinsam mit den streiken-
32 den Mitarbeiter/-innen des AMEOS-Konzerns, beim Kampf gegen die Schließung von Gesund-
33 heitseinrichtungen, beim Volksbegehren für die notwendige Ausstattung der Schulen mit Lehr-
34 kräften, mit der FridaysForFuture-Bewegung, in vielen Bündnissen gegen Nationalisten und Ras-
35 sisten, beim Kampf gegen ausbeuterische Werksverträge in der Fleischindustrie, mit den Initi-
36 ativen gegen Straßenausbaubeiträge und umweltbelastende Mülldeponien.

37
38 So gelang es uns, die Niederlage bei der Landtagswahl 2016 zu verarbeiten und mit neuer Kraft
39 in die politische Auseinandersetzung einzugreifen.

40
41 Dies war und ist unter den Bedingungen einer Kenia-Koalition von CDU, SPD und Grünen sowie
42 einer sich rechtsextrem positionierenden AfD im Land unsere politische Aufgabe. Wir vertreten
43 damit diejenigen Menschen in Sachsen-Anhalt, die für eine solidarische, friedliche, nachhaltige
44 und humane Gesellschaft eintreten.

45 Es reicht aber nicht aus, nur an ihrer Seite zu stehen. Unsere Aufgabe ist es, Politik in diesem
46 Sinne zu gestalten. Es genügt nicht, an den Demonstrationen für den Erhalt von Gesundheits-
47 einrichtungen und für vernünftige Tarifverträge teilzunehmen. Unsere Aufgabe ist es, politische

48 Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass dieser Kampf gewonnen werden kann. Dafür brau-
49 chen wir nicht nur politischen Einfluss, sondern auch andere Mehrheiten in diesem Land, mit
50 denen wir eine andere Politik gestalten können.

51 In diesem Sinne führen wir den begonnenen Sozialstaatsdialog mit Gewerkschaften, Verbän-
52 den, aber auch mit SPD und Grünen fort, um eine gesellschaftliche Debatte über die Perspek-
53 tive dieses Landes voranzubringen.

54
55 Einen wichtigen Orientierungsrahmen stellt dabei das im Juli beschlossene Drei-Säulen-Konzept
56 des DGB für eine Konjunktur- und Investitionsoffensive in Sachsen-Anhalt dar. Wir stimmen der
57 grundsätzlichen Einschätzung des DGB zu, dass die gegenwärtige Niedrigzinsphase zu nutzen
58 ist, um in einem großen Umfang öffentliche Investitionen zu finanzieren. Die Pandemie darf
59 nicht weiter zum Abbau sozialer Standards und Arbeitnehmer/-innenrechte missbraucht wer-
60 den. Die Aussetzung des Vergabegesetzes unterstützt Dumping mit öffentlichen Mitteln. Die
61 Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden und die Ausweitung der Sonn- und Fei-
62 ertagsarbeit müssen ebenfalls wieder zurückgenommen werden.

63
64 Die regierende Koalition präsentiert sich bei wichtigen politischen Prozessen in einer gegensei-
65 tigen Blockadehaltung. Notwendige Investitionen in das Gesundheitswesen werden vom zu-
66 ständigen Ministerium angemahnt, aber dann vom Finanzminister gestrichen. Der Mangel an
67 Lehrerinnen und Lehrern wird auch von der SPD beklagt, aber der Bildungsminister scheint
68 nicht zuständig. Umwelt- und Naturschutzregelungen werden vom grüngeführten Ministerium
69 in die Wege geleitet, scheitern aber häufig an den Protesten von anderen Vertretern der Kenia-
70 Koalition. Grüne und SPD unterstützen teilweise den Kampf gegen den Rechtsextremismus,
71 während die Parolen der Rechten von einem anderen Teil der Koalition aufgenommen wird.

72 Die Blockade in diesem Land hat einen Namen: CDU.

73
74 Dabei lassen wir Grüne und SPD nicht aus der Verantwortung. Wir nehmen aber auch zur Kennt-
75 nis, dass bei der SPD der Wunsch, sich aus den Fesseln der CDU zu befreien, deutlich stärker
76 ausgeprägt ist als in den letzten Jahren. Andererseits müssen wir feststellen, dass die Grünen
77 selbst Kernthemen ihrer politischen Agenda zugunsten einer weiteren Kooperation mit der CDU
78 zur Disposition stellen.

79 Sachsen-Anhalt hat etwas Besseres verdient. Nach 18 Jahren CDU-Regierung mit unterschied-
80 lichen Koalitionspartnern wird klar, dass die selbsternannte „Sachsen-Anhalt-Partei“ keine Vor-
81 stellungen von der Zukunft dieses Landes hat, sondern lediglich ideenlos den Mangel verwaltet,
82 anstatt ihn zu beenden.

83
84 Wie in Sachsen-Anhalt mit den Folgen der Corona-Pandemie umzugehen ist, wird in den nächs-
85 ten Monaten und vor allem auch in der nächsten Legislaturperiode beantwortet werden müs-
86 sen. Mit der jetzigen Koalition drohen Einnahmeausfälle und Schuldenabbau zulasten der öf-
87 fentlichen Daseinsvorsorge und damit die Umverteilung von unten nach oben. Bereits jetzt hat
88 die CDU angekündigt, in der nächsten Wahlperiode viele Dinge streichen zu wollen: Bei der
89 Kinderbetreuung, bei Lehrerinnen und Lehrern, bei der Unterstützung der demokratischen Zi-
90 vilgesellschaft, beim Umwelt- und Klimaschutz und beim ÖPNV.

91 Unter diesen Bedingungen bedeutet Kenia in Zukunft nicht Stillstand, sondern Rückschritt.
92 Wir hingegen wollen nicht den Mangel verwalten, sondern neue Wege zur Überwindung dieser
93 Rotstiftpolitik gehen.

94
95
96

97 **Ja, wir wollen gewählt werden. Hier sagen wir warum:**

98

99 Die Erarbeitung unseres Wahlprogramms begann bereits auf dem Landesparteitag Mitte 2019
100 in Burg. Viele Themenfelder wurden bei der Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion
101 im Januar 2020 erarbeitet. Die Erarbeitungsteams nahmen ihre Arbeit auf. Doch blieb auch
102 dieser Prozess nicht von der Corona-Pandemie verschont. Die vom Landesvorstand berufene
103 Redaktionsgruppe für das Wahlprogramm hat unter erschwerten Beratungsmöglichkeiten in-
104 zwischen ihren Arbeitsstand den Kreisvorständen übermittelt. Das Wahlprogramm folgt dabei
105 der im Juli beschlossenen Wahlstrategie. Programmatisch steht damit die Aufgabe, ein schlüs-
106 siges Konzept zu Bewältigung der Krisenfolgen im öffentlichen und privaten Wirtschaftssektor
107 mit konkreten sozialen und ökologischen Transformationsprojekten zu verbinden. In einem Pro-
108 grammkonvent im November dieses Jahres wird der Entwurf des Wahlprogramms gemeinsam
109 mit den Stadt- und Kreisverbänden beraten.

110

111 Wir wollen erreichen, dass die Auseinandersetzung der LINKEN mit der CDU zum zentralen
112 Wahlkampfthema wird. Mehr soziale Gerechtigkeit statt neoliberaler Sparlogik, bessere Bildung
113 für alle statt schulterzuckender Ignoranz gegenüber dem drohenden Zusammenbruch unseres
114 Schulsystems, den Einsatz für einen sozialökologischen Umbau statt der Ignoranz gegenüber
115 den Gefahren des Klimawandels und den entschiedenen Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit
116 und Rassismus statt heimlicher und offener Sympathien für rechte Parolen. Das sind die Kern-
117 punkte unserer politischen Auseinandersetzung mit der CDU heute genauso wie im Wahlkampf.

118

119 **Für den kommenden Wahlkampf wird sich DIE LINKE auf folgende Hauptziele**
120 **konzentrieren:**

121

122 **Machen wir das Gemeinsame stark.**

123 Wir wollen in der Landes- und Bundespolitik erreichen, dass den Menschen in Sachsen-Anhalt
124 Hoffnung auf eine sozial sichere Zukunft gegeben und ihnen die Angst vor der Zukunft genom-
125 men wird. Wir sind die Partei mit dem sozialen Kompass. Verteilungsgerechtigkeit, Klimage-
126 rechtigkeit, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen sowie Teilhabege-
127 rechtigkeit haben für uns immer eine soziale Dimension. Zur Gleichberechtigung von Frau und
128 Mann gehört für uns auch die paritätische Besetzung im Landtag, in der Regierung und im Lan-
129 desverfassungsgericht.

130 Nur was sozial gerecht ist, ist auch zukunftsfähig. Deshalb kämpfen wir für bessere Löhne und
131 Gehälter. Öffentliche Aufträge in Sachsen-Anhalt sollen künftig per Gesetz besser entlohnt wer-
132 den.

133

134 **Gute Sozialpolitik braucht eine stabile Wirtschaft, gerade im Wandel.**

135 Wir stehen für eine nachhaltige Industrie- und Landwirtschaftspolitik. Der klimabedingte Struk-
136 turwandel soll mehr Lebensqualität und nicht noch mehr abgehängte Regionen zur Folge haben.
137 Den notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft (hin zu einer nachhaltigen, klimage-
138 rechten, nicht-fossilen Wirtschaftsordnung) wollen wir sozial gerecht und demokratisch gestal-
139 ten. Der Strukturwandel in der Braunkohle, aber auch in der Automobilindustrie muss daher
140 bürgernah gestaltet und für mehr Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.
141 Die traditionellen Wirtschaftszweige wollen wir bei der Erneuerung begleiten und ihnen Unter-
142 stützungsangebote unterbreiten. Die Stärken Sachsen-Anhalts bei den Erneuerbaren Energien
143 wollen wir weiter ausbauen. Wir wollen ein kommunales Investitionsprogramm für CO₂-neutrale
144 Energieproduktion und die Möglichkeit, daraus Einnahmen für die öffentliche Hand zu erzielen.

145 Die Entstehung von Mülldeponien wollen wir gesetzlich beschränken, Müllimporte und Müll-
146 porte auf ein Minimum begrenzen.

147 Wir wollen Modelle des fahrscheinlosen Personenverkehrs fördern.

148 Wirtschaft heißt für uns auch immer, für mehr Mitbestimmung der Beschäftigten und für mehr
149 gewerkschaftliche Rechte einzutreten. Handwerk, KMU und Soloselbständige können auf un-
150 sere Unterstützung bauen. Wir wollen Modellprojekte für ein Grundeinkommen für selbständige
151 Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende sowie Dienstleister im Kulturbereich umsetzen.

152

153 **Zugang zu Bildung und Wissenschaft gerechter machen.**

154 Sachsen-Anhalt hat vergleichsweise wenig Geld. Wer nichts im Geldbeutel hat, muss auf den
155 Geist seiner Leute setzen. Dafür bedarf es aber einer klugen Bildungspolitik, mehr Lehrerinnen
156 und Lehrer, mehr Frauen in wissenschaftlichen Spitzenpositionen. Soziale Barrieren in der Bil-
157 dung gehören abgeschafft. Wir können uns keine Talentverschwendung wegen Geldmangel leis-
158 ten. Kinderarmut ist eine Bildungssperre, die wir überwinden wollen. Wir wollen im Land eine
159 verbindliche Zuweisung an Lehrkräften gemessen an der Schüler/-innenzahl und einer guten
160 Unterrichtsversorgung durchsetzen. Wir wollen, dass die Forderungen des Volksbegehrens ge-
161 gen den Lehrermangel Gesetz werden. Wir wollen unseren Gesetzentwurf „Gebührenfreie Kita
162 und Horte in Sachsen-Anhalt“ realisieren.

163

164 **Wohnortnahe Gesundheits- und Pflegesystem gewährleisten.**

165 Es soll eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung flächendeckend hergestellt werden. Eine
166 gemeinsame Krankenhausgesellschaft des Landes und der Kommunen soll geschaffen werden.
167 Wir verfolgen das Ziel, die kommerziell geführten Krankenhäuser in diese Gesellschaft schritt-
168 weise zu überführen. Wir wollen den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst allgemeinverbind-
169 lich machen. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Fallpauschalen-Regelung
170 ein.

171 In der ambulanten und stationären Pflege wollen wir einen öffentlichen Sicherstellungsauftrag
172 gesetzlich verankern und kommunale Pflegeeinrichtungen fördern.

173 Chronisch kranke und behinderte Menschen sind für DIE LINKE selbstverständlich Teil unserer
174 Gesellschaft, auch während der Corona-Pandemie. Ihre gesundheitliche und pflegerische Ver-
175 sorgung wollen wir ebenso verbessern wie ihre Integration in anderen Bereichen (z. B. Schule
176 und Beruf). Hierzu werden wir unsere Kooperation mit den Betroffenen, ihren Vertretern und
177 Verbänden, fortsetzen und vertiefen.

178

179 **Ländliche Räume nicht länger abhängen.**

180 Wir wollen das Leben in der Kleinstadt und auf dem Dorf attraktiver machen. Dörfer sind viel
181 mehr als das Umland von Metropolen. Finanzwelt und Regierungen sind bisher metropolenfi-
182 xiert, für den Rest gibt es allenfalls Nachsorge. Das geht auch anders. Menschen im ländlichen
183 Raum brauchen Chancengleichheit in den Bereichen der Daseinsvorsorge. Niemand darf vom
184 sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen werden. Deshalb ist ein grundsätzlich neuer
185 Ansatz für den Teil des ÖPNV notwendig, der Stadt und Land verbindet.

186

187 **Keinerlei Nationalismus und Rassismus dulden.**

188 Kein Mensch wird als Rassist geboren und dennoch werden zu viele Menschen bereits in jungen
189 Jahren zu Fremdenfeinden und Rechtsextremisten. Wer sich nach oben nicht zu widersetzen
190 traut, der tritt nach unten. DIE LINKE setzt sich in Sachsen-Anhalt überall für die Verteidigung
191 der Menschenwürde und der Demokratie ein. Wir sind viel mehr als eine Anti-AfD, aber gegen
192 deren Treiben kämpfen wir mit aller demokratischer Konsequenz. Wir unterstützen Jugendpro-

193 jekte zur Förderung von Toleranz und Vielfalt. Wir sind aktiv in vielen antifaschistischen Bünd-
194 nissen. Wir wollen das Verfassungsziel des Antifaschismus in reales staatliches Handeln über-
195 leiten, indem wir u.a. die strukturellen Defizite bei der Bekämpfung rechter Gewalt bei Polizei
196 und Justiz beseitigen und von rechter Gewalt betroffene Menschen besser unterstützen.

197

198 **Kommunale Selbstverwaltung zurückgewinnen.**

199 Die Städte und Gemeinden stehen ganz am Ende der Verteilungskette von Geld und Einfluss.
200 Wir wollen das Staatswesen vom Kopf auf die Füße stellen und mehr Basisdemokratie durch-
201 setzen. Alles wächst von unten nach oben, außer in der Finanzwelt. Das lässt sich ändern. Wir
202 verfolgen das Projekt einer gerechten Steuerreform zugunsten der Städte und Gemeinden,
203 auch um coronabedingte Ausfälle auszugleichen.

204

205 **Zukunftsfaktor OST**

206 Wir sind gerade beteiligt an dem staatstragenden Feiern von 30 Jahren deutscher Einheit. Die
207 Einheit finden wir gut, nicht aber, dass die Mehrheit der Verlierer Ostdeutsche sind und die
208 Mehrheit der Gewinner Westdeutsche. Es gibt nach wie vor eine West-Ost-Ungerechtigkeit. Das
209 wollen wir ändern. Wir wollen gleiche Löhne und Renten. Wir wollen keinen Osten als Niedrig-
210 lohngbiet. Vor allem aber wollen wir die Anerkennung des ostdeutschen Erfahrungsvorsprungs
211 beim Bewältigen von gesellschaftlichen Umbrüchen. Wir können Krisen meistern, auch wenn
212 viele Erfahrungen bitter waren. Wir treten für das Projekt ein, Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt
213 beim sozialökologischen Umbau bundesweit zu nutzen.

214

215 **Zusammengefasst:** Wir sind die Partei der Solidarität, die CDU ist die Partei des Ellenbogens.

216

217 Eine Landesregierung mit der LINKEN bietet Hoffnung statt Angst, Solidarität statt Ausgrenzung
218 und soziale Sicherheit statt sozialer Spaltung. Wir haben bei den letzten Landtagswahlen im
219 Osten deutlich vor Augen geführt bekommen, wie stark der Einfluss von Personen auf das Wahl-
220 ergebnis ist. Wenn wir unser Ziel umsetzen wollen, die Auseinandersetzung zwischen der CDU
221 und der LINKEN zur zentralen Konfliktlinie dieses Wahlkampfes zu machen, brauchen wir an
222 der Spitze eine glaubwürdige Person, die diese Auseinandersetzung erfolgreich führen kann.
223 Dafür hat der Landesvorstand im Juli 2020 einstimmig Eva von Angern vorgeschlagen. Sie per-
224 sonifiziert unsere Position im bevorstehenden Wahlkampf. Sie ist die Anwältin der sozialen Ge-
225 rechtigkeit. Glaubwürdig vertritt sie diese Kernkompetenz der LINKEN unter anderem in den
226 von ihr im Bund und im Land mitgegründeten „Netzwerken gegen Kinderarmut“. Als langjährige
227 Vorsitzende des überparteilich arbeitenden Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt hat sie darüber
228 hinaus die Kompetenz erwerben können, Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen Hin-
229 tergründen zusammenzuführen. Eva verbindet Protest und politische Handlungsalternativen mit
230 der Fähigkeit, weit über unser politisches Spektrum hinaus Bündnisse zu organisieren. Der Lan-
231 desparteitag unterstützt den Vorschlag des Landesvorstandes, der Vertreterversammlung Eva
232 von Angern für den Listenplatz 1 vorzuschlagen.

233

234 Wir treten in allen Wahlkreisen mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten an und streben
235 eine deutliche Steigerung des Zweitstimmenergebnisses für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt an.
236 Wir kämpfen aber auch darum, das 2016 gewonnene Direktmandat zu verteidigen.

237 2021 wird nicht nur wegen der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, sondern wegen der Landtags-
238 wahl in Thüringen und vor allem der Bundestagswahl, das Jahr einer Weichenstellung für die
239 ganze Republik. Die Wahl in Thüringen am 25. April 2021 wird vieles entscheiden.

240

241

242 **Um uns selber müssen wir uns selber kümmern. Machen wir.**

243

244 Der Landesvorstand ist für die politische, organisatorische und personelle Vorbereitung der
245 Landtagswahl 2021 verantwortlich. Er hat eine gegliederte Wahlkampfstruktur beschlossen.
246 Die Kommission Strategie und Wahlen trägt die Verantwortung für Erarbeitung und Fortschrei-
247 bung der Wahlstrategie und der Grundzüge der Kommunikationsstrategie. Das operative Wahl-
248 büro zeichnet verantwortlich für die technische, organisatorische und finanzielle Gewährleis-
249 tung des gesamten Wahlkampfes. Herzstück der Struktur ist das Landeswahlplenum, in dem
250 alle Stadt- und Kreisverbände eine Stimme haben und in dem alle wichtigen Entscheidungen im
251 Wahlkampf vorbereitet und besprochen werden. Die Kommission Strategie und Wahlen und das
252 Landeswahlplenum erarbeiten gemeinsam die politischen Vorgaben für die Konzeption der
253 Wahlkampagne und führen die Vorschläge in einem konstruktiven Dialog mit der beauftragten
254 Agentur bis zur Beschlussreife. Hier bauen wir auf die guten Erfahrungen aus den Kommunal-
255 wahlen 2019 auf, wohl wissend, dass es nicht nur gute Erfahrungen waren. Nur mit einem
256 Wahlkampf aus einem Guss unter Berücksichtigung aller regionalen Besonderheiten werden wir
257 unsere hochgesteckten Ziele erreichen.

258

259 Wir werden geeignete Kandidatinnen und Kandidaten nominieren. Wir erwarten von allen, dass
260 sie offensiv und überzeugend unsere politischen Grundpositionen vertreten und sich aktiv und
261 ideenreich in den Wahlkampf einbringen. Unsere Erwartungen an alle Kandidierenden haben
262 wir bereits mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden diskutiert, der Landesvorstand hat Kriterien
263 dafür beschlossen. Dazu gehört auch, dass wir eine ausgewogene Präsenz der künftigen Abge-
264 ordneten in den Regionen mit ihren Bürgerbüros absichern müssen. Wir erwarten daher von
265 allen Kandidierenden die Bereitschaft, die Einrichtung ihrer Büros mit dem Landesverband ab-
266 zustimmen.

267

268 Wir orientieren uns darauf, Kandidierende zu nominieren, die für die Politik der LINKEN in der
269 Öffentlichkeit einstehen, die in der Partei durch ihre politische Arbeit verwurzelt sind oder öf-
270 fentlich im Sinne der Ziele der LINKEN wirken. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt folgt dem Prinzip der
271 „Offenen Listen“. Auf der Landesliste der Partei bzw. in den Direktwahlkreisen kandidieren Mit-
272 glieder der Partei oder parteiungebundene Persönlichkeiten.

273

274 Kandidierende auf der Liste der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bzw. in den Direktwahlkrei-
275 sen sind als Mitglieder dem Parteiprogramm und dem Landtagswahlprogramm 2021 verpflich-
276 tet oder stehen als Nichtmitglieder den dort formulierten Grundsätzen nahe. Mit den Bewerber-
277 innen und Bewerbern für die Kandidaturen auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen-
278 Anhalt bzw. in den Direktwahlkreisen zur Landtagswahl 2021 werden schriftliche Vereinbarun-
279 gen über die Bereitschaft getroffen, die Kriterien anzuerkennen und zu erfüllen sowie gemäß
280 Satzung und Finanzordnung der Partei Mandatsträgerbeiträge zu entrichten.

281

282 Auf der Vertreterversammlung Ende Januar 2021 werden wir eine Landesliste wählen. Der Lan-
283 desparteitag beauftragt den Landesvorstand, dafür in enger Abstimmung mit den Stadt- und
284 Kreisverbänden einen Vorschlag zu erarbeiten. Ein durch den Parteitag bestimmtes transparen-
285 tes Verfahren soll eine möglichst große Akzeptanz des Weges zur Landesliste erreichen. Die
286 Stadt- und Kreisverbände werden gebeten, aus ihrer Sicht geeignete Kandidatinnen und Kandi-
287 daten für die Liste priorisiert vorzuschlagen. Dabei sollen sie die Quotierung, fachpolitische
288 Aspekte und die regionale Anbindung berücksichtigen. Auf der Basis der Vorschläge aus den
289 Kreisen erstellen die direkt gewählten Mitglieder des Landesvorstandes einen ersten Vorschlag.

290 Neben den bereits genannten Kriterien sollen hier auch noch die mögliche fachliche Zusam-
291 mensetzung einer zukünftigen Fraktion und eine Erneuerungsquote in die Entscheidungsfin-
292 dung einbezogen werden. Sollte es Differenzen zwischen den Prioritäten der Stadt- und Kreis-
293 verbände und diesem Vorschlag geben, ist eine Konsultation mit den betreffenden Stadt- und
294 Kreisverbänden unerlässlich. Der gegebenenfalls korrigierte Vorschlag wird im Januar 2021 in
295 einer gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesausschuss und den Stadt- und Kreis-
296 vorsitzenden diskutiert. Danach soll der Listenvorschlag im Landesvorstand in geheimer Wahl
297 gewählt werden. Auf der Vertreterversammlung soll der Landesvorsitzende diesen Vorschlag
298 vorstellen und begründen. Selbstverständlich entscheidet die Vertreterversammlung als Sou-
299 verän über die Landesliste, jeder und jedem bleibt es unbenommen zu kandidieren.

300

301 Der Landesparteitag gibt hiermit einen eindeutigen und transparenten Weg zu einer Landesliste
302 vor. Der Landesvorstand wird beauftragt, diesen in einen Umsetzungsbeschluss mit konkreten
303 Terminen und detaillierten Verantwortlichkeiten zu fassen.

304

305 Wir brauchen im Wahlkampf 2021 einen langen Atem. Unmittelbar nach der Landtagswahl be-
306 ginnt schon der Bundestagswahlkampf. Umso wichtiger ist es, unsere Ressourcen im Vorfeld
307 gründlich zu analysieren und laufend im Blick zu haben. Dazu gehört neben der gründlichen
308 Planung der personellen Ressourcen vor allem auch eine effektive Planung der Wahlkampfmit-
309 tel. Das Landeswahlplenum hat sich für eine Wahlzeitung in 14 regionalen Ausgaben ausge-
310 sprochen. Sie soll möglichst flächendeckend verteilt werden. Nach den nicht nur guten Erfah-
311 rungen des Kommunalwahlkampfes 2019 haben wir den Prozess der Erstellung der Materialien
312 zeitlich deutlich gestreckt. Trotzdem müssen und werden wir eine notwendige Flexibilität erhal-
313 ten, um auf sich verändernde Stimmungen oder nicht planbare gesellschaftliche Ereignisse re-
314 agieren zu können. Am 27. April 2021 beginnt für uns die heiße Wahlkampfphase, wir werden
315 da gut gerüstet sein. Das gut vorzubereiten ist unsere gemeinsame Aufgabe in den nächsten
316 Wochen und Monaten. Packen wir es an!

317

318

319 **Solidarität statt Ellenbogen**

320

321 Nächstes Jahr ist Wahljahr. Am 6. Juni 2021 wird ein neuer Landtag und im Herbst ein neuer
322 Bundestag gewählt. Entschieden wird über den Kurs in unserer Gesellschaft. Es werden Wahl-
323 programme der politischen Parteien vorgestellt, auch von uns, der LINKEN. Wir werden über
324 viele Themen reden, schreiben und streiten. Es gibt aber nur eine entscheidende Weggabelung
325 und die heißt: Solidarität oder Ellenbogen!

326

327 Gerade die Corona-Krise hat uns doch vor Augen geführt, dass wir uns für gesellschaftlichen
328 Zusammenhalt oder für den Sieg des Egoismus zu entscheiden haben. Niemand lebt ohne Ei-
329 geninteresse, aber auch keiner nur für sich allein.

330 Kanzlerin Merkel und Finanzminister Scholz haben die Krise bisher beachtlich verwaltet. Aber
331 sie haben unglaublich viel Geld verteilt oder versprochen, das ihnen nicht gehört. Das Wesen
332 unserer künftigen Gesellschaft wird maßgeblich davon geprägt sein, wie die Kosten der Krise
333 verteilt werden.

334

335 DIE LINKE will eine gerechte Lastenverteilung. Wer Millionen hat, kann Tausende zahlen. Wer
336 wenig hat, darf nach der Krise nicht noch weniger haben. Diese Forderung vertreten wir schon
337 lange, nicht erst seit Corona. Jetzt aber haben wir die Chance, die sozialen Ungerechtigkeiten

338 zu überwinden. Das reichste Prozent in Deutschland besitzt mehr als ein Drittel des Gesamt-
339 vermögens und die Hälfte der Bevölkerung hat nichts Erspartes. Das soll nicht so bleiben.
340
341 Wir wollen das ändern. Gegen soziale Ungerechtigkeit im reichen Deutschland können wir ge-
342 meinsam vieles tun. Deshalb werben wir um die Stimmen für DIE LINKE.

